



Landtag von Baden-Württemberg

93. Sitzung

12. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 27. Juli 2000 • Haus des Landtags

Beginn: 11:05 Uhr

Schluss: 12:30 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten 7295

Gedenken an die Opfer des Flugzeugabsturzes bei Paris am 25. Juli 2000 7295

Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2000/2001** – Drucksache 12/5339

Beschlussempfehlungen des Finanzausschusses – Drucksachen 12/5382, 12/5383 7295

Abg. Dr. Steim CDU 7295

Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU 7296

Abg. Brechtken SPD 7298

Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen 7301

Abg. Kleinmann FDP/DVP 7303

Abg. Dr. Schlierer REP 7306

Minister Stratthaus 7308

Beschluss 7310

Nächste Sitzung 7312

Protokoll

über die 93. Sitzung vom 27. Juli 2000

Beginn: 11:05 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 93. Sitzung des 12. Landtags von Baden-Württemberg.

Mit großer Bestürzung haben wir vorgestern von dem Flugzeugabsturz bei Paris erfahren, bei dem 113 Menschen ums Leben gekommen sind. Unter den Opfern befinden sich auch zwei Mitbürger aus Baden-Württemberg. Unser tief empfundenes Mitgefühl gilt den Angehörigen dieser Opfer.

Ich darf Sie bitten, sich zum Gedenken an die Opfer von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Ich danke Ihnen.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Meine Damen und Herren, Urlaub für heute habe ich den Herren Abg. Dr. Birk, Dr. Walter Müller, Schaufler, Zeiher und Zeller erteilt.

Krank gemeldet sind die Herren Abg. Brinkmann und Herbricht sowie Herr Staatssekretär Mappus.

Dienstlich verhindert ist Herr Justizminister Professor Dr. Goll.

Wir treten damit in die Tagesordnung ein. Ich rufe den **einzigen Punkt** der Tagesordnung auf:

Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2000/2001 – Drucksache 12/5339

Beschlussempfehlungen des Finanzausschusses – Drucksachen 12/5382, 12/5383

Berichtersteller: Abg. Dr. Steim

Meine Damen und Herren, der Finanzausschuss hat mündliche Berichterstattung beschlossen. Ich erteile daher Herrn Abg. Dr. Steim für einen kurzen mündlichen Bericht über die Beratungen des Finanzausschusses das Wort.

Abg. Dr. Steim CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Bericht über die letzte Finanzausschusssitzung wird mündlich erstattet, da zu wenig Zeit für eine schriftliche Berichterstattung zur Verfügung stand.

(Abg. Brechtken SPD: Solche Verfahren drückt ihr durch!)

Nachdem die Landesregierung beschlossen hatte, einen Nachtragshaushalt 2000/2001 vorzulegen, nutzten alle Fraktionen die letzte Finanzausschusssitzung, um zusätzliche Einnahmen und Ausgaben über entsprechende Anträge vorzuschlagen. Von den 35 Änderungsanträgen haben erwartungsgemäß nur wenige eine Mehrheit gefunden. Trotzdem werden von den abgelehnten Anträgen 16 heute noch einmal zur Diskussion und zur Abstimmung gestellt.

(Abg. Moser SPD: Das hat aber jetzt mit dem Bericht nichts zu tun! – Abg. Brechtken SPD: Das ist richtig!)

Die Beschlussempfehlung für heute sieht vor, die Hilfen für Orkanshäden um 188 Millionen DM zu erhöhen, 940 neue Lehrerstellen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung ab dem Schuljahr 2001/2002 zu schaffen und die Vorsorge für Steuerausfälle aufgrund der jetzt höchstwahrscheinlichen Steuerreform zu aktualisieren. Dazu werden auch das Rechnungsergebnis 1999 und die erhöhten Steuereinnahmen für das laufende Jahr eingearbeitet.

Aufgrund dieser Zahlen können für das Jahr 2001 über die bisher veranschlagte Vorsorge für angekündigte Steuersenkungen von 300 Millionen DM hinaus nun weitere 1,57 Milliarden DM eingestellt werden, sodass insgesamt für zu erwartende Ausfälle durch Steuersenkungen im Jahr 2001 jetzt 1,87 Milliarden DM zur Verfügung stehen. Für das Jahr 2000 kann aufgrund der jetzt zu erwartenden Steuerreform ein um 350 Millionen DM geringerer Ausfall veranschlagt werden, was zu einer Reduzierung der geplanten Nettoneuverschuldung für das Haushaltsjahr 2000 um eben diese 350 Millionen DM führt. In § 2 des Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2000 und 2001 wird der Betrag 1,9 Milliarden DM deswegen durch den Betrag 1,55 Milliarden DM ersetzt.

Diese Veränderungen führen zu der Ihnen vorliegenden Beschlussempfehlung zum Nachtrag für die Haushaltsjahre 2000 und 2001, in der die Änderungen berücksichtigt sind.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache in der Zweiten Beratung eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten festgelegt.

In der Aussprache erteile ich Herrn Abg. Dr. Scheffold das Wort.

Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem heutigen Nachtrag schlagen wir das Haushaltsbuch des Landes Baden-Württemberg erneut auf. Wir von den Fraktionen der CDU und der FDP/DVP tun dies eingeschränkt. Wir tun es im Wesentlichen konzentriert auf drei Bereiche und erliegen nicht der Versuchung, wenige Monate vor der Landtagswahl das Füllhorn auszuschütten

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Maurer: Das ist Kabarett! – Lachen bei Abgeordneten der SPD)

und zu versuchen, die Wahlen mit dem Füllhorn zu entscheiden, sondern, meine sehr verehrten Damen und Herren – das ist die Botschaft heute –, wir tun es mit einem Konsolidierungskurs, den wir in der Finanzpolitik weiter fortführen.

Drei Bereiche sind es, die wir heute hier entscheiden wollen: Der erste betrifft die Schäden, die der Orkan Lothar im vergangenen Winter angerichtet hat. Sie sind auch der Auslöser für die heutige Nachtragsdebatte. Die Aufarbeitung der Sturmholzschäden muss noch vor der Sommerpause beschlossen werden. Die Mittel dafür müssen bereitgestellt werden. Die Verträge müssen abgeschlossen werden, damit noch vor der Sommerpause entsprechende Maßnahmen getroffen werden können, damit das Holz nicht durch den Borkenkäfer entwertet wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von den Oppositionsfraktionen, Sie haben von einem Durchpeitschen des Nachtragshaushalts gesprochen. Ich kann Ihnen da in keiner Weise zustimmen.

(Zuruf des Abg. Moser SPD)

Es geht bereits bei den Hilfen zur Beseitigung der Folgen des Orkans Lothar um Mittel in einer Größenordnung von 180 Millionen DM. Was hätten Sie uns gesagt, wenn wir versucht hätten, dies mit überplanmäßigen Ausgaben zu bewerkstelligen, meine sehr verehrten Damen und Herren?

(Lachen des Abg. Bebbler SPD – Abg. Brechtken SPD: Das ist nicht die Alternative! Sie hätten bloß drei Wochen früher den Haushalt machen müssen, Herr Kollege!)

Das Königsrecht des Parlaments ist die Haushaltsdebatte. Deswegen haben wir uns für diesen Nachtrag entschieden.

(Abg. Birzele SPD: Wann?)

Wir haben ursprünglich im eigentlichen Haushalt 100 Millionen DM bereitgestellt. Das war ein erster Betrag, um die dringend notwendigen Entscheidungen treffen zu können. Auf der heutigen Grundlage wissen wir: Wir brauchen weit mehr Mittel. Deswegen werden wir im Haushalt für das Jahr 2000 weitere 130 Millionen DM bereitstellen und für das Jahr 2001 weitere 50 Millionen DM.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, darüber hinaus haben wir die existenzbedrohten Gebiete nicht vergessen. Es gibt eine ganze Anzahl von existenzbedrohten Betrieben, vielleicht 200 bis 250. Auch für diese Betriebe haben wir Ausgaben in einer Größenordnung von jeweils 4 Millionen DM vorgesehen.

Zweitens, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wir von den Regierungsfractionen stellen die Unterrichtsversorgung für die kommenden Haushaltsjahre sicher.

(Abg. Moser SPD: Sie träumen wohl!)

Dazu werden wir jetzt beschließen, 940 neue Stellen im Herbst des Jahres 2001 zur Verfügung zu stellen. Heute muss hierfür die haushaltsrechtliche Grundlage geschaffen werden. Nach der Wahl und in der Vorbereitung auf die neue Legislaturperiode wäre dies nicht mehr möglich. Wir wollen sicherstellen, dass die Schülerinnen und Schüler, die im Haushaltsjahr 2001 zusätzlich hinzukommen, die gleiche Grundlage haben wie die Schülerinnen und Schüler, die im kommenden Herbst eingeschult werden.

(Zuruf des Abg. Moser SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden im Jahr 2000 insgesamt 4 000 neue Lehrer einstellen. Es sind Lehrerinnen und Lehrer, die Lehrerinnen und Lehrer ersetzen, die pensionsbedingt ausscheiden. Wir haben aber auch bereits 800 neue Lehrerstellen beschlossen. Damit wird sich erstmals der Altersdurchschnitt bei den Lehrern nicht erhöhen, sondern verringern.

(Abg. Moser SPD: Wo liegt der denn?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist auch eine Botschaft, die heute hier beschlossen wird.

(Abg. Moser SPD: Wo liegt der denn?)

Wir haben damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, unser Wahlversprechen aus dem Jahr 1966

(Abg. Dr. Puchta SPD: 1966? – Abg. Bebbler SPD: Ihr arbeitet in einer anderen Zeit! – Abg. Herrmann CDU: 1996!)

– 1996 – nicht nur erfüllt, sondern übererfüllt. Wir haben versprochen, 2 500 neue Lehrerstellen zu schaffen. Tatsächlich schaffen wir jetzt 2 540 neue Lehrerstellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der dritte Eckpunkt sind die Mehrkosten, die wir durch die Steuerreform abzudecken haben. Wir haben bereits beim Urhaushalt Vorsorge getroffen. Wir haben eine vorsichtige Haushaltspolitik betrieben, wir haben Rücklagen gebildet. Das war dringend notwendig.

Die jetzt beschlossene Steuerreform kostet das Land Baden-Württemberg 1,85 Milliarden DM. Wir in Baden-Württemberg können als einziges Bundesland von uns behaupten, dass wir diese zusätzlichen Belastungen, den Wegfall von Steuereinnahmen, vollständig ausgleichen können, ohne die Nettoneuverschuldung erhöhen zu müssen. Das ist eine beachtliche Leistung. Ich glaube, das ist auch eine gute Botschaft für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Bebbler SPD: Müder Beifall!)

Ergänzend kommt hinzu: Wir tun dies nicht nur ohne Erhöhung der Nettoneuverschuldung, sondern, im Gegenteil,

(Dr. Stefan Scheffold)

wir führen die Nettoneuverschuldung sogar um 350 Millionen DM zurück.

(Abg. Moser SPD: Lächerlich!)

Die Nettoneuverschuldung im Jahr 2000 wird damit 1,55 Milliarden DM betragen. Das ist der niedrigste Betrag seit 1987.

(Abg. Moser SPD: Aber das ist schlecht! – Zuruf der Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen)

Außerdem halten wir unser Ziel aufrecht – wir in Baden-Württemberg können es auch erreichen –, in der Mitte des nächsten Jahrzehnts, in den Jahren 2005, 2006, eine Nettoneuverschuldung von null zu erreichen.

(Abg. Weimer SPD: Das haben wir von Lothar schon einmal gehört! – Zuruf: Aber nicht mit der CDU!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben bereits im Winter des vergangenen Jahres auch die Nebenlehrermittel für die Unterrichtsversorgung erhöht. Wir haben hierfür 152 Millionen DM in den Haushalt eingestellt. Wir haben für eine Lehrerfeuerwehr 37 Millionen DM in den Haushalt eingestellt. Diese 37 Millionen DM stehen hierfür bereit. Das ist ein weiterer wichtiger Eckbaustein zur Sicherung der Unterrichtsversorgung ab dem kommenden Schuljahr.

Ich darf für meine Fraktion hier und heute erklären: Auf der Basis dieser 37 Millionen DM ist es möglich, 660 neue Lehrer für eine Lehrerfeuerwehr halbtags einzustellen.

(Unruhe)

Wir glauben, dass wir damit so flexibel sind, dass wir die im Bereich der Unterrichtsversorgung auftretenden Probleme bewältigen können. Aber ich füge für unsere Fraktion hinzu: Wir sind auch bereit, diese Mittel gegebenenfalls aufzustocken, wenn wir erkennen, dass dies notwendig ist.

(Abg. Capezzuto SPD: Das werden wir uns merken!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Oppositionsfaktionen haben unserem Haushaltsentwurf nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen. Sie haben im Grunde die alten Anträge, die hier in den vergangenen Jahren immer und immer wieder erörtert worden sind, durchgeschleppt. Ich will mich deswegen nicht lange hiermit aufhalten.

Ich möchte insbesondere an die SPD appellieren, ihren Deckungsvorschlag noch einmal ernsthaft zu überdenken, den Deckungsvorschlag, der da lautet, die Anteile an der GVS, der EnBW und der BW-Bank zu verkaufen. Es ist nun einmal eine Tatsache, dass sich diese Unternehmen in der Landesholding befinden. Es ist nicht möglich, einen Erlös in der Größenordnung zu erzielen, die Sie avisieren.

(Abg. Moser SPD: Keine Ahnung!)

Denn in Bezug auf die GVS bestehen Vorkaufsrechte für die Kommunen, bestehen Vorkaufsrechte zum Buchwert.

Der Erlös, den Sie in den Haushalt einstellen wollen, ist überhaupt nicht erzielbar. Hinzu kommt, dass wir Steuern bezahlen müssten, die zu 90 % nicht in der Landeskasse verbleiben würden. Nach den Erfahrungen, die wir bei den Verhandlungen zur Steuerreform gemacht haben, sind wir nicht bereit, Herrn Eichel noch weitere Mittel zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Bebbler SPD: Was war denn das? Beifall, der keiner war!)

Im Übrigen – das darf ich erwähnen –: Zum ersten Mal, seit ich hier zu einem Haushaltsentwurf spreche, ist es der SPD in der Tat gelungen, einen rein rechnerisch – rein rechnerisch! – stimmigen Haushaltsentwurf vorzulegen – immerhin auch eine Leistung.

(Abg. Moser SPD: War das ein Witzle? – Zuruf des Abg. Nagel SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Baden-Württemberg ist das Land mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit,

(Abg. Brechtken SPD: Bei dem kommt auch gleich Hochwasser!)

Baden-Württemberg ist das Land mit der stärksten Wirtschaftskraft. Wir haben die meisten Arbeitsplätze im Hochtechnologiebereich. Wir haben eine Fülle von Reformen im Bildungssektor angestoßen und die notwendigen Mittel dafür bereitgestellt.

Wir haben ein Land, das auf dem Gebiet der inneren Sicherheit Vorbildliches leistet. Wir haben die niedrigste Verbrechensrate, und wir haben die höchste Aufklärungsquote. Wir haben die Polizei mit enormen zusätzlichen Mitteln ausgestattet.

Wir haben die Bankenfusion hinbekommen,

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

wir haben die Rundfunkfusion hinbekommen. Wir haben die Anteile des Landes an der EnBW verkauft.

All dies möchte ich heute vor Beginn der parlamentarischen Sommerpause doch noch einmal gesagt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch hinzufügen – das ist die eigentliche Leistung, und das möchte ich ausdrücklich noch erwähnen –: Wir haben trotz dieser ganzen Maßnahmen, trotz der Bereitschaft, die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen, den finanzpolitischen Konsolidierungskurs nicht verlassen. Dies ist die Leistung unserer Regierungsfaktionen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Sie sind der haushaltspolitische Friseurmeister!)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Brechtken.

Abg. Brechtken SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine Bemerkung zum Verfahren, Herr Kollege, damit das einmal völlig klar ist: Der „Lothar“ war an Weihnachten des letzten Jahres.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Der Lothar ist in Jena! – Zurufe von den Republikanern)

Das wussten Sie vorher. Es hätte Ihnen gut angestanden, ganz schlicht vier Wochen früher tätig zu werden. Dann hätten wir den Nachtragshaushalt ordnungsgemäß beraten können, ohne die heutige Sondersitzung durchführen zu müssen.

(Beifall bei der SPD)

Für mich ist das auch ein Zeichen: Wenn man nicht einmal fähig ist, den Kalender anzuschauen und Vorlagen so rechtzeitig zu machen, dass wir eine vernünftige Beratung durchführen können, spricht das nicht für Sorgfalt und Solidität.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Lassen Sie mich zu unseren haushaltspolitischen Alternativen kommen.

Die erste – und darauf möchte ich eingehen, weil Sie das am Schluss in besonderer Weise betont haben –: In der Tat verringert dieser Nachtrag die im Uretat ursprünglich vorgesehene Kreditaufnahme. Hintergrund dafür sind aber ausschließlich zu erwartende Steuermehreinnahmen. Diese hängen mit bundespolitischen Maßnahmen zusammen. Ich erinnere an das Bereinigungsgesetz, mit dem in erheblichem Umfang Steuerschlupflöcher geschlossen worden sind, was uns übrigens bis hin zur kommunalen Seite – ich verweise auf die Gewerbesteuern – deutliche Mehreinnahmen bringt. Hinzu kommt die besser laufende Konjunktur, die ebenfalls zu Steuermehreinnahmen führt.

Nur, Herr Kollege: Haushaltskonsolidierung ist für mich etwas anderes,

(Abg. Moser SPD: Sehr gut!)

als einfach die Einnahmen fortzuschreiben und zu sagen: „Gut, prima, damit verringern wir die Schuldenaufnahme.“ Dazu hätten Sie gar nicht viel zu machen brauchen. Im Haus bestand nämlich schon bei der Verabschiedung des Uretats Konsens darüber, dass alle Steuermehreinnahmen zur Verringerung der Schuldenaufnahmen verwendet werden sollten.

Es fehlt aber völlig eine wirkliche Konsolidierung, nämlich innerhalb des Haushalts Umschichtungen und Neugewichtungen vorzunehmen, um dadurch unabhängig von Unwägbarkeiten der Steuermehr- oder -mindereinnahmen den Haushalt in Richtung Konsolidierung zu bringen, die uns langfristig die Möglichkeit gibt, von der Schuldenaufnahme herunterzukommen. Das ist Ihr entscheidendes Versäumnis. Ich habe überhaupt keinen solchen Ansatz gefunden, sondern Sie surfen auf den Steuermehreinnahmen, und Sie werden auch später auf den Steuermindereinnahmen surfen und die Kreditaufnahme erhöhen. Diese Politik haben Sie in den letzten Jahren immer betrieben, und dies

ist keine solide Finanzpolitik, weil sie keine Zukunftsvorsorge trifft.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will Ihnen einmal ein Beispiel nennen, Herr Kollege: Wir reden in diesem Hause an vielen Stellen über die wahnsinnige Last, die im Zusammenhang mit der Beamtenversorgung vor uns steht. Dafür ist bisher aber keine einzige Mark vorgesehen. Wir wissen nicht, wie dies finanziert werden soll. Die eigentliche finanzpolitische Bewährungsprobe wird auf uns zukommen, wenn wir in fünf, sechs Jahren erstmals gleich viel für die Beamtenversorgung wie für die Besoldung der aktiven Beamten bezahlen müssen. Das wird dann unseren Haushalt auseinander reißen. Dabei wird es um die Größenordnung von 7 bis 9 Milliarden DM an zusätzlichen Verpflichtungen gehen, die heute nicht vorgesehen sind.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Herr Finanzminister, ich vermisste bei Ihnen jede Vorsorge in dieser Richtung. Gerade in einer Zeit von Steuermehreinnahmen bestünde die Chance, substanziell und strukturell im Haushalt etwas zu verändern. Deshalb kommen wir ganz bewusst noch einmal auf unsere Alternative zurück,

(Abg. Kluck FDP/DVP: Auf welche?)

die Chance der Privatisierung zu nutzen, um die Schulden zu verringern. Es ist unserer Ansicht nach zwingend notwendig, Positivvermögen, das wir verkaufen, zum Abbau von Negativvermögen – sprich von Schulden – zu verwenden und dadurch gleichzeitig langfristig den Haushalt zu entlasten und durch Einsparungen bei Zinsen und Tilgung Spielraum für notwendige Maßnahmen im Haushalt zu gewinnen.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Aber doch nicht so, wie Sie es machen! – Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP)

Das ist die Alternative. Sie hätten unseren Vorschlag aufgreifen können, keine Stiftung zu gründen, sondern zuerst die steuerrechtlichen Regelungen abzuwarten. Diese waren übrigens ursprünglich für das kommende Jahr vorgesehen. Sie haben das Inkrafttreten im Bundesrat verhindert, sodass dies erst ein Jahr später erfolgen kann.

(Beifall bei der SPD)

Wir hätten dies nämlich ansonsten steuerfrei durchführen können.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Herr Kollege Brechtken, jetzt ist es doch in der Stiftung!)

Sie tun gerade so, als hätten Sie unter Zeitdruck gestanden. Sie haben doch bis heute überhaupt nichts fertig gebracht. Sie wollten doch ursprünglich einen Nachtrag erstellen, in dem Sie die Erlöse aus der Privatisierung der EnBW unterbringen wollten. Jetzt stehen Sie mit abgesägten Hosen da, weil Sie es nicht hinkriegen. Dann hätten Sie auch noch das eine Jahr abwarten und das Ganze steuerrechtlich vernünftig machen können.

(Beifall bei der SPD)

(Brechtken)

Der zweite Punkt, den ich ansprechen will: Wir haben ganz bewusst noch einmal die Anträge zum Bereich Investitionen auf den Tisch gelegt. Unserer Ansicht nach muss jetzt die Chance genutzt werden, vor allem bei der Altbau-sanierung voranzukommen.

(Abg. Haas CDU betritt den Plenarsaal. – Abg.

Heiler SPD: Der Haas kommt! – Abg. Capezzuto

SPD: Pass auf, der Haas kommt!)

Dabei lautet die entscheidende Frage, die es zu erörtern gilt: Wie können wir bei dem an den ökologischen Problemen, die wir haben, Hauptbeteiligten, nämlich dem Hausbrand, einen entsprechenden Impuls geben und zu Verbesserungen kommen, auch im Hinblick auf unsere Verpflichtung zur CO₂-Minderung? Die große Chance liegt in der Altbau-sanierung. Das Fantastische an der Altbau-sanierung ist, dass jede Mark, die wir in ein Zuschussprogramm einstellen, private Investitionen in Höhe von etwa 7 DM anschiebt. Daher ist die Ausweitung dieses Programms zwingend geboten, weil es ökologisch vernünftig ist und vor allem unseren mittelständischen Betrieben im Baubereich in erheblichem Maße eine Stabilisierung ihrer Konjunktur bringt. Deshalb sollten Sie heute an dieser Stelle mitmachen. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Beitrag in dieser Richtung.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Marianne

Erdrich-Sommer und Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen)

Das Gleiche gilt für den Straßenbau. Unseren Antrag dazu haben wir heute ganz bewusst noch einmal vorgelegt. Eines geht nicht: über Jahre hinweg den Landesstraßenbau zu vernachlässigen und in Richtung Bund große Töne zu spucken, aber dann, wenn man selbst verantwortlich ist, nichts zu tun. Deshalb: Stimmen Sie unserem Antrag zu; dann sind Sie auch in der anderen Frage glaubwürdiger.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Haas CDU)

Wir haben uns – auch nach Gesprächen, die wir geführt haben – jetzt entschlossen, den Antrag zum Thema Hockenheim noch einmal einzubringen. Unserer Ansicht nach sind wir in großen Schwierigkeiten, wenn wir nicht heute den Entschluss fassen, die Mittel sowie auch Verpflichtungsermächtigungen einzustellen. Damit legt sich heute noch niemand auf die endgültige Größenordnung fest.

(Abg. Rapp REP: Habt ihr ein Konzept?)

Aber Sie haben doch gar keine Chance mehr, wenn Sie morgen eine Maßnahme ergreifen wollen. Dann sind Sie in der Lothar-Situation, die Sie selbst beklagen. Dann sind Sie genau in der Situation, dass Sie gerne etwas täten, aber keine Vorsorge im Haushalt getroffen haben. Deshalb: Wer Hockenheim in den weiteren Gesprächen als Standort und damit auch in erheblichem Umfang weitere Einnahmen sichern will – es geht hier nicht allein um das Rennen, sondern um alles, was darum herum ist und erhebliche strukturelle Auswirkungen für den dortigen Standort hat –, muss heute entsprechende Mittel und auch Verpflichtungsermächtigungen einstellen, damit er in der Zukunft überhaupt handlungsfähig ist.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Sie versäumen dies. Sie reden zwar draußen herum; Sie gehen am Sonntag zum Rennen; aber Sie sind nicht bereit, hier im Parlament die notwendige Vorsorge zu treffen, um dies auch haushaltsrechtlich abzusichern und tätig werden zu können.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich noch zum Thema Bildung und zu unserer Alternative kommen. Ich glaube, es gibt in diesem Hause unabhängig von allen Diskussionen einen Konsens, nämlich den, dass wir mit Sorge die Veränderungen betrachten, deren negative Auswirkungen etwa in der Jugendgewalt und deren deutlicher Zunahme zum Ausdruck kommen. Das ist nur die Spitze des Eisbergs. Darunter bleibt eine gewaltige Veränderung unserer Familienstrukturen, auch der mangelnden Bindungen in diesem Bereich festzuhalten.

(Abg. Deuschle REP: Woher kommt das?)

Hier müssen wir ganz realistisch ansetzen und müssen dagegenhalten. Ein Punkt: Wir müssen die Familie stärken. Das hängt mit den ökonomischen Bedingungen zusammen. Deshalb war es richtig, dass die Bundesregierung als erste und wichtigste Maßnahme in diesem Bereich eine deutliche Verbesserung der fiskalischen und ökonomischen Situation der Familien durch erhöhtes Kindergeld, Verringerung des Grundfreibetrags etc. durchgesetzt hat. Diese Schritte werden weitergehen.

(Beifall bei der SPD)

Das Zweite: Wenn wir heute aus der Entwicklungspsychologie wissen, dass das Urvertrauen das Entscheidende ist, was Kinder mitbekommen, und dass sie das letztlich in ihrer ersten Lebensphase mitbekommen

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Familien!)

– ja, aber dann muss man etwas dafür tun –,

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Tun wir! Wer macht das Bundeserziehungsgeld? Welches Land hat denn das Landeserziehungsgeld?)

dann müssen wir die Familien stärken. Deshalb war es richtig, das Bundeserziehungsgeld zu verbessern, und Sie sollten endlich nachziehen, damit wir das auf Landesebene entsprechend machen können.

(Zurufe von der CDU)

– Moment, jetzt kommt der für mich entscheidende Punkt: Das Entscheidende, was wir machen müssen, ist, Männer und Frauen in gleicher Weise zu beteiligen und sie auch fiskalisch und ökonomisch in die gleiche Lage zu versetzen, damit sich auch Männer stärker in dieser ersten Familienphase engagieren und das nicht nur eine Aufgabe der Frauen bleibt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Denn wer dies realistisch umsetzen will – denn Frauen können sich heute auch nicht mehr eine lange Phase außerhalb ihres Berufs leisten –, der muss die Männer stärker be-

(Brechtken)

teiligen, damit die Frauen noch ein wenig Fühlung mit ihrem Beruf haben können, ohne dass die Grundsicherung der Kinder in der Familie gefährdet wird. Deshalb gehört beides zusammen. Da haben Sie noch Nachholbedarf,

(Abg. Haas CDU: Wo denn?)

gerade auch in der Gestaltung des eigenen Landeserziehungsgelds, ergänzend zu den Initiativen des Bundes.

(Zuruf der Abg. Ingrid Blank CDU – Abg. Haas CDU: Das ist ja unglaublich!)

Zur Schule: Mir geht das, was die Frau Kultusministerin macht, nicht weit genug. Es ist völlig richtig: Wir brauchen eine verbindliche Grundschule für bestimmte Zeiten, in denen garantiert ist, dass die Kinder in der Schule sind und damit auch für die Familien Sicherheit besteht. Aber meiner Ansicht nach darf man dies, Frau Kultusministerin, nicht ausschließlich unter dem Aspekt der Betreuung sehen. Ich habe große Sorge, wie die Entwicklung weitergeht. Ihre Vorstellungen laufen letztlich darauf hinaus: Was die Schule im Kernbereich angeht, lassen wir alles beim Alten, und darauf setzen wir zusammen mit den Kommunen die Betreuung und können die dann natürlich für einen bestimmten Zeitraum gewährleisten. Ich rede jetzt noch gar nicht vom Geld. Darüber haben wir beim letzten Mal diskutiert; darauf verweise ich. Aber für mich wird die eigentliche Chance nicht wahrgenommen, die darin besteht, die Schule insgesamt umzugestalten.

(Zuruf des Abg. Moser SPD)

Schule darf nicht nur Wissensvermittlung sein. Schule muss auch Betreuung und Lebensraum sein. Lehrer müssen endlich mit ihrem Deputat, mit ihrer Verpflichtung in diese Betreuung eingeschaltet werden.

(Abg. Moser SPD: Arbeitsplatzverlierer ist die Schule!)

Defizite, die wir heute bei jungen Menschen feststellen, sind nur ausgleichbar durch personale Bezüge von Lehrern zu ihren Schülern.

(Abg. Haas CDU: Personale Bezüge zur Familie sind das Wichtige!)

Dies erreicht man nicht durch reine Wissensvermittlung, so wichtig diese ist. Dies erreicht man, indem Lehrer mit ihren Schülern in der Schule spielen, indem sie mit ihnen essen, indem sie in diesem Bereich in anderer Weise mit ihren Schülern umgehen,

(Abg. Haas CDU: Das müssen die Eltern leisten!)

Schule zum Lebensraum wird und man dadurch personale Beziehungen und damit Stabilisierung schafft.

(Abg. Haas CDU: Alter Sozialismus ist das!)

Das wissen wir heute aus vielen Schulen, an denen dies gemacht wird. Aber für Sie ist Schule nach wie vor nur ein Ort der Wissensvermittlung.

(Abg. Haas CDU: Sozialismus pur!)

Übrigens: Der Einstieg über die Grundschule in andere Schularten wäre auch der Schlüssel für eine für alle vernünftige Verkürzung der Schulzeiten. Dann müssen wir aber auch die Schulstruktur verändern, nicht nur in der Grundschule, sondern über die Grundschule hinaus auch in den anderen Schularten.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Haas CDU: Die Familienstruktur muss geändert werden!)

Deshalb, glaube ich, ist es ganz entscheidend, dass wir über die Frage der Lehrerstellen hinaus noch viel stärker die pädagogische Seite in der Diskussion berücksichtigen; denn ich glaube, wir vertun im Augenblick Chancen, angesichts der gesellschaftlichen Veränderungen eine Stabilisierung im Interesse der Kinder in unserer Gesellschaft einzuleiten.

Lassen Sie mich noch eine letzte, kurze Bemerkung zum Thema Lehrerfeuerwehr machen, weil Sie das angesprochen haben. Ich habe eines nie begriffen:

(Abg. Haas CDU: Vieles haben Sie nicht begriffen! – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das ist Ihr Problem! – Abg. Capezzuto SPD: Oh, der Haas ist wieder da!)

Sie stellen Mittel zur Verfügung, stellen, wie Sie gesagt haben, damit dann Halbtagskräfte ein, bilden sozusagen eine Reserve außerhalb der Schule und setzen diese dann von außen jeweils an der Schule ein, wo Bedarf besteht.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Ich komme noch einmal auf unsere alte Vorstellung zurück. Unserer Ansicht nach würde es auch den Durchschnitt im Altersbereich erheblich senken und

(Abg. Moser SPD: Von 63 auf 62,5!)

zu mehr Lehrern an der Schule beitragen, wenn wir die Berufsanfänger als Zweidrittellehrer einstellen würden. Dafür müssen wir dann auch die rechtlichen Grundlagen ändern; aber dies ist möglich. Dann hätten Sie an der Schule automatisch Ihre Lehrerreserve, indem Sie nämlich einem Lehrer, der zu einem Drittel nicht beschäftigt ist, dann, wenn ein Bedarf an seiner Schule besteht, eine Erhöhung seines Deputats gegen Überstundenvergütung anbieten könnten. Sie hätten dann vor allem folgenden Vorteil: Sie hätten einen Lehrer in der Lehrerreserve, der die Schule, vielleicht sogar die Klasse kennt und daher überhaupt nicht erst die Schwierigkeit des Einsatzes von außen in der Schule hat. Das wären pragmatische Ansätze, über die man nachdenken sollte.

(Abg. Haas CDU: Wie viele Schulen haben wir denn? 2 500 Grundschulen haben wir, Herr Brechtken!)

Sie sollten nicht ständig stop and go mit Mitteln von außen Leute einsetzen, sondern in der Schule sozusagen immanent eine entsprechende Reserve bilden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Haas CDU: 2 500 Grundschulen haben wir! Da müssen Sie 2 500 Nebenlehrer einstellen!)

(Brechtken)

Letzte Bemerkung: Herr Kollege Scheffold, Sie haben am Ende Ihrer Rede gesagt, wie gut, wie positiv doch alles sei.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Natürlich! Für die Bürgerinnen und Bürger ist das gut!)

Natürlich – das sage ich Ihnen ganz offen – leben wir alle gern in diesem Land. Aber das ist nicht die Frage. Die Frage ist: Nutzen Sie mit Ihrer Mehrheit die Chancen, die wir haben, oder nutzen Sie sie nicht? Unserer Ansicht nach werden die Chancen in diesem Land nicht genutzt, und deshalb brauchen wir eine politische Veränderung.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Lachen bei der CDU – Zurufe von der SPD: Jawohl! – Abg. Haas CDU: Mein lieber Mann!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Erdrich-Sommer.

Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Vorfeld habe ich mit meinem Kollegen Moser über den Haushalt gesprochen. Er hat mir eine kleine Geschichte erzählt, die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte, denn sie passt sehr gut.

Das Finanzministerium stellt einen Haushaltsexperten ein, und in Vorstellungsgesprächen wird folgende Frage gestellt: Wie viel sind 1,57 Milliarden DM plus 300 Millionen DM? Die Mehrheit der Bewerber sagt: 1,87 Milliarden DM; das ist doch klar. Doch die fallen alle durch. Nur der, der die richtige Antwort gibt – die für das Finanzministerium richtige Antwort! –, wird eingestellt, nämlich der, der auf diese Frage sagt: „Ja wie hätten Sie’s denn gern?“

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich glaube, der Herr – das kann nur ein Herr sein –

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Brechtken SPD: Das war jetzt gemein!)

hat an diesem Haushalt heftig mitgedreht. Denn wenn Sie sich dieses Zahlenmaterial anschauen, dann stellen Sie fest, dass es nicht auf so sicheren Beinen steht, wie es für einen ordentlichen Haushalt eigentlich notwendig wäre.

Der Einnahmebereich ist aufgrund der Mai-Steuerschätzung mit 495 Millionen DM absolut in Ordnung. Damit bin ich sehr einverstanden. Hinzu kommen aber zusätzliche Mehreinnahmen von immerhin 465 Millionen DM, und zwar geschätzt. Das ist ein Verfahren, das in diesem Parlament bisher nicht üblich war, weil es die notwendige Vorsicht vermissen lässt.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das ist wie die gefühlte Temperatur!)

Die Zahlen wurden auch im Finanzausschuss nicht belegt. Es wurde nur auf die allgemeine Entwicklung hingewiesen.

Auf der Ausgabenseite bzw. bei den Steuermindereinnahmen ist es noch schlimmer: 1,87 Milliarden DM aufgrund der Steuerreform. Das BMF gibt aber andere Zahlen vor. Es geht mit 2,8 Milliarden DM weit über diese Zahlen hinaus.

Die Erklärungen im Finanzausschuss waren meines Erachtens nicht schlüssig und auch nicht nachvollziehbar. Trotz Hinweis auf den kommunalen Finanzausgleich und kommunale Anteile bleibt nach meiner Rechnung eine Differenz von über 400 Millionen DM, die zusätzlich gedeckt werden muss.

Ich weiß, dass der Herr Finanzminister darauf sagen wird, das seien die Korrekturen im Länderfinanzausgleich und – wenn das nicht reicht – die Korrekturen, die wir aufgrund von Selbstfinanzierungseffekten erwarten könnten.

Aber, meine Damen und Herren, erstaunlich ist doch, dass mit diesen geschätzten Mehreinnahmen und den vorgelegten Steuermindereinnahmen genau das gewünschte Ergebnis erzielt wird, nämlich null für null, wenn es das CDU-Modell ist, und 350 Millionen DM weniger, wenn es das Eichel-Modell ist.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen und der SPD)

Da müssen wir doch überlegen, wie das zustande kommt.

(Abg. Brechtken SPD: Nach dem Motto „Wie hätten Sie’s denn gern?“! – Gegenruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Nein, „Wie es euch beliebt“ heißt es!)

Herr Finanzminister, das haben Sie einfach sauber hingerechnet. Das muss der Neid Ihnen lassen. Aber der Praxistest wird beweisen, ob diese Rechnung auch stimmt.

Die bisherige Vereinbarung, Einnahmen vorsichtig konservativ zu bewerten – was der CDU ja gut ansteht –, haben Sie aufgegeben. Bisher waren die Zahlen möglichst gerechnet und nicht gegriffen. Wir haben nur nach unten und nicht nach oben korrigiert. Diesen Pfad haben Sie verlassen, und mir scheint, Sie denken weniger an seriöse Zahlen als an konservative Wahlen, Herr Finanzminister.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen und der SPD)

Ein Blick in die mittelfristige Finanzplanung zeigt aber, dass seriöse Finanzpolitik dringend geboten ist. Denn wenn wir mal in das Jahr 2002 schauen, dann sehen wir, dass im Jahr 2002 die Mär von der Verringerung der Nettoneuverschuldung, die Sie ja in Ihrer Eingangsrede zum Haushalt sehr gepflegt haben, allerdings hoch problematisch wird. Dort haben wir eine Nettoneuverschuldung von 1,5 bis 2,3 Milliarden DM in der Spreizung, aber zusätzlich noch eine Deckungslücke von 1,4 Milliarden DM. Diese Summe muss eingespart werden. Ich sehe derzeit weder eine Diskussion darüber, wie die Einsparungen erfolgen sollen, noch sehe ich in diesem Nachtragshaushalt Ansätze dafür, wie dies im Jahr 2002 begonnen werden kann. Das Sparziel will aber erfüllt sein, meine Damen und Herren, denn sonst gehen wir in eine noch höhere Verschuldung, als schon bisher an-

(Marianne Erdrich-Sommer)

visiert ist, hinein. Die Nullverschuldung ist angesichts dieser Tatsachen eine Begleitmusik, die vor der Wahl einlullt und für die Zeit nach der Wahl ein böses Erwachen befürchten lässt.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: So siehts aus!)

Welche Probleme werden aber dann mit diesem Haushalt angegangen? Die Hilfen zur Beseitigung der Schäden durch den Orkan Lothar gehen in Ordnung. Richtig ist, dass für die Beseitigung der Schäden im Staatswald eine große Summe bereitgestellt wird und dass auch für den Privatwald vorgesorgt wird. Die Schäden müssen rasch beseitigt werden.

Der zweite Punkt, der angegangen wird, ist der Versorgungsnotstand an den Schulen des Landes. Auch das geht in Ordnung. Nur wie Sie das machen, das geht nicht in Ordnung. Denn trotz der Lehrerstellen, die Sie schon im Urhaushalt unter dem Druck von Opposition und Öffentlichkeit zusätzlich schaffen mussten und die Sie vorgezogen haben, sieht es in den Schulen vor Ort katastrophal aus. Die Unterrichtsversorgung ist schlechter denn je. Bei den Grund-, Haupt- und Realschulen sind 160 Klassen mehr zu versorgen. Obwohl in einem Maße aufgefüllt und zusammengelegt wird, wie es pädagogisch in keiner Weise mehr verantwortbar ist, fehlen 250 Deputate, um die Unterrichtsversorgung nur so aufrechterhalten zu können, wie sie in den letzten Jahren aufrechterhalten wurde – und das war schon schlimm genug.

Da hilft auch die verstärkte Krankheitsreserve nichts mehr. Denn wenn ich in der Grundversorgung an der Schule schon nicht genügend Lehrer habe, wie soll ich denn dann überhaupt noch in irgendeiner Weise vernünftig Unterricht zustande bringen? Dabei herrscht bei den Schülerinnen und Schülern an den Grund- und Hauptschulen die größte Leistungsdifferenziertheit. Dort muss ich fördern und fordern, und zwar in einer ganz großen Bandbreite. Aber angesichts der Situation werden die Förderstunden gestrichen. Die ganz wichtige Förderung bei Lese-Rechtschreib-Schwäche muss in vielen Schulen ausfallen. Das halte ich für außerordentlich problematisch;

(Abg. Moser SPD: Skandalös!)

denn wenn Kinder da nicht rechtzeitig gefördert werden, zerstört das wirklich ihre zukünftigen Bildungschancen.

(Zuruf des Abg. Moser SPD)

Die sozialpädagogische Betreuung in Schulen in sozialen Brennpunkten fällt weg. Meine Damen und Herren, wer die Verhältnisse an den Brennpunktschulen kennt, dem muss doch klar sein, dass dort Sozialstunden benötigt werden,

(Die Rednerin hustet. – Abg. Moser SPD: Bringen Sie einmal ein Glas Wasser! – Abg. Brechtken SPD: Ein Wasser für die Kollegin! – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Herr Moll, ein Glas Wasser! – Abg. Bloemecke CDU: Das gibt es nicht mehr! – Abg. Nagel SPD: Wasser marsch!)

um eine richtige Korrektur schaffen zu können.

Dann zu den Berufsschulen. Die Berufsschulen liegen mir immer sehr am Herzen. Darüber sage ich am wenigsten, weil mir da das Herz immer aufgeht. Aber wenn schon Herr Hundt beschreibt, wie schlecht es um die Berufsschulen in Deutschland und in Baden-Württemberg bestellt ist, dann – –

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Ausgerechnet Herr Hundt!)

– Ausgerechnet Herr Hundt, er gehört sicher nicht zur grünen Fraktion; das werden Sie mir wohl zugestehen.

(Abg. Haasis CDU: Das würde euch so passen! – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das wäre noch schöner! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: In der Schule liegt der Hund begraben, das ist doch eindeutig!)

Wer an den Berufsschulen nachschaut, wird sehen, dass die Unterrichtsversorgung dort nicht den Anforderungen entspricht, die ein modernes Bildungswesen im Berufsschulbereich braucht.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sagen Sie Herrn Hundt, er soll etwas dagegen tun!)

– Ich sage Herrn Hundt gerne, was die CDU-Fraktion meint. Es wird mir ein großes Vergnügen sein, mit ihm über Berufsschulen zu sprechen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Bei dem Thema „Kampfhundt“!)

Meine Damen und Herren, Sie können weder an den Grund-, Haupt- und Realschulen noch an den Berufsschulen – –

(Die Rednerin hustet erneut. – Abg. Wacker CDU: Das Thema ist zu trocken!)

– Nein, ich habe mir nur auf der EXPO eine Erkältung geholt.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Der deutsche Pavillon war nicht geheizt! – Abg. Brechtken SPD: Im virtuellen Weindorf! – Unruhe)

Sie können an den Schulen des Landes eine qualifizierte Bildung nicht mehr vermitteln, wenn Sie nicht genügend Lehrerstellen schaffen.

Der letzte Punkt in den Schulen: die Umsetzung der verlässlichen Grundschule. Es gab große Versprechungen gegenüber den Eltern. Viele Eltern waren skeptisch. Landauf, landab wurde für dieses Modell geworben, und einige Eltern haben sich doch tatsächlich auf das verlassen, was die Regierung und die Kultusministerin vorgelegt hat.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Gott sei Dank!)

Jetzt, kurz vor Ende des Schuljahrs, kommt aus vielen Grundschulen ein Brief an die Eltern mit folgendem Inhalt: Bitte haben Sie Verständnis, mit der verlässlichen Grundschule klappt es nicht so ganz. Bei Krankheit der Lehrer werden Sie sicher am ersten Tag mit einer entsprechenden

(Marianne Erdrich-Sommer)

Vertretung rechnen können. Ab dem zweiten Tag müssen Sie damit rechnen, dass die Kinder nach Hause geschickt werden.

Das, meine Damen und Herren – das sagen die Eltern zu Recht –, ist keine verlässliche Grundschule, sondern

(Abg. Moser SPD: Unerträglich!)

eine verlässliche „Heimschick-Schule“.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: So ist es! – Zuruf des Abg. Göbel CDU)

Deshalb gibt es einen Handlungsbedarf. Wir sehen den Handlungsbedarf ab sofort und nicht erst im Jahr 2001. Wenn Sie, Herr Kollege Scheffold, hier erzählen, dass Sie ihr Soll erfüllt hätten, dann weise ich Sie darauf hin, dass der September 2001 in der neuen Legislaturperiode liegt.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Wenn Sie ihr Soll erfüllt hätten, was Sie versprochen haben, dann müssten diese 940 Lehrer jetzt an die Schulen

(Abg. Brechtken SPD zur CDU: Deshalb stimmt ihr nachher dem Antrag zu! So ist es!)

und nicht erst im Jahr 2001. Das ist dann die neue Legislaturperiode.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Versprechen zu geben ist eine Sache, sie zu halten ist viel schwieriger. Ich kann es Ihnen einfach nicht ersparen. Ich muss Ihnen die eigentlich sehr unseriöse Art, wie man mit dem Antrag der Israelitischen Religionsgemeinschaften umgegangen ist, hier schon noch einmal vorhalten.

Ich kann Ihnen nur sagen – bei allem Respekt vor dem Parlament –, es ist sehr, sehr unglaublich gewesen, wie wir hier agiert haben, außer Sie stimmten dem Antrag jetzt zu. Ich will Ihnen sagen, warum: Wir haben im Finanzausschuss beim letzten Haushalt versprochen, beim nächsten Nachtrag die Wünsche der Israelitischen Religionsgemeinschaft in Württemberg zu berücksichtigen. Deshalb hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen damals ihren Antrag zurückgezogen. Jetzt wurde gesagt, damit sei nur irgendein Nachtrag gemeint gewesen. Ich will Ihnen kurz aus dem Protokoll zitieren: Der Redner der Grünen

begrüßt die Aussage des Abg. Dr. Scheffold CDU, eine Regelung im Konsens anzustreben. Er verstehe die Ausführungen der Koalition dahin gehend, dass im Ersten Nachtrag zum Staatshaushaltsplan eine Regelung getroffen und im Vorfeld recherchiert werden solle, dass durch einen entsprechenden Beschluss keine Zusatzprobleme im badischen Landesteil entstünden.

Dann kommt es:

Nachdem die Koalitionsfraktionen dieser Auslegung durch Kopfnicken zustimmen, zieht er den Änderungsantrag . . . zurück.

Durch Kopfnicken haben Sie zugestimmt, und jetzt wollen Sie das nicht mehr wahrhaben. Das ist eine Sache!

(Abg. Brechtken SPD: Schöne Kopfnicker! – Abg. Moser SPD: Diese Kopfnicker! Diese Warmduscher da! – Zuruf des Abg. Zeller SPD)

So geht man mit Versprechen, die das Parlament und nicht die Fraktion gegeben hat, nicht um.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD – Abg. Moser SPD: Kopfnicker im Warmduschen!)

Ich fasse zusammen: Die vorgelegten Haushaltsdaten, besonders die Begleitmusik von der Nullverschuldung, malen ein geschöntes Bild von der Finanzlage Baden-Württembergs. Die Lehrerstellen kommen 2001 zu spät, und es sind zu wenige. Hier muss Abhilfe geschaffen werden.

Wir haben einen Antrag zum Einstieg in die regenerativen Energien vorgelegt. Diese brauchen nämlich Anschubkraft, um in Baden-Württemberg wirtschaftlichen und ökologischen Erfolg zu garantieren. Ich bitte Sie, auch diesen Antrag positiv zu bewerten.

Meine Damen und Herren, Ökologie und Finanzen haben die gleichen Grundziele, nämlich Sparsamkeit und Nachhaltigkeit. Der Nachtrag, den Sie hier vorgelegt haben, verhilft diesen Zielen weder finanzpolitisch noch ökologisch zum Erfolg.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kleinmann.

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben einen schlanken Nachtrag vorgelegt, einen Nachtrag, der sich ganz bewusst auf nur zwei Ausgabenpositionen beschränkt. Wir wollen das gerade im Vorfeld der Landtagswahl deutlich machen und nicht den Eindruck erwecken, wir könnten das Geld nun einfach mit vollen Händen ausgeben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Redling SPD)

– Mein lieber Herr Kollege Capezutto, das sagt ein Remstaler zu einem Remstaler.

(Abg. Capezutto SPD: Ich war das überhaupt nicht! Das war ich überhaupt nicht! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

– Doch, doch. – Wir müssen den Konsolidierungskurs fortsetzen, meine Damen und Herren. Wir tun das. Nur das unabdingbar Notwendige wird zusätzlich finanziert.

Die Notwendigkeit der Fortsetzung des Sturmschadenprogramms ist ja hier im Hause unumstritten.

(Abg. Moser SPD: In welchem Hause?)

Alle Bestandteile dieses Programms dienen vorrangig dazu, den Schaden für die privaten und die kommunalen

(Kleinmann)

Waldbesitzer so gering wie möglich zu halten. Zugleich dient das Programm längerfristig dazu, das Vermögen des Landes so weit wie möglich zu sichern.

Es gibt – das ist kein Entschließungsantrag – noch einen Antrag, in dem wir, CDU und FDP/DVP, die Landesregierung auffordern,

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

uns diejenigen Gemeinden zu nennen, die von ihrer Steuerkraftsumme her keinen Zuschuss bekommen, aber doch durch hohe Schäden durch Lothar beeinflusst sind. Es gilt, darüber nachzudenken, ob wir hier eventuell noch eine entsprechende zusätzliche Hilfe geben können.

(Abg. Moser SPD: Aha!)

– Jawohl, Herr Moser.

(Abg. Moser SPD: Das haben Sie im Finanzausschuss nicht gesagt, und die Ministerin auch nicht auf Nachfrage!)

– Deshalb sage ich es ja jetzt im Parlament.

(Abg. Moser SPD: Das ist hochinteressant! – Abg. Capezzuto SPD: Aha!)

Was hier im Parlament gesagt wird, ist entscheidend.

Die Unterrichtsversorgung als nächster Punkt: Mit dem Uretat haben wir 800 zusätzliche Stellen für das Schuljahr 2000/2001 bereitgestellt. Wir haben schon damals erklärt, dass für das Schuljahr 2001/2002 mit einem Nachtrag gerechnet werden müsse. Diese Ankündigung setzen wir jetzt zuverlässig und berechenbar um. Mit 800 und 940 zusätzlichen Stellen, meine Damen und Herren, und mit 120 Millionen DM an zusätzlichen Mitteln, die bereits im Uretat veranschlagt sind, wird die Unterrichtsversorgung angesichts weiter steigender Schülerzahlen stabilisiert und Unterrichtsausfall so weit wie möglich vermieden.

Beide Punkte erforderten zwingend diesen Nachtrag. Die Opposition hätte ich sehen wollen, die nicht laut über eine Missachtung parlamentarischer Spielregeln geklagt hätte, wenn der Finanzminister die zusätzlichen Aufwendungen für das Sturmschadenprogramm über- und außerplanmäßig hätte bewilligen wollen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Die zusätzlichen Stellen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung erfordern ebenfalls einen Nachtrag; denn zusätzliche Stellen für Lehrer, die im September 2001 an die Schulen gehen sollen, können nicht nach der Landtagswahl bewilligt werden, sondern müssen jetzt bereitgestellt werden.

(Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, es war schon immer unser Anliegen, dem Stundenausfall an Schulen den Kampf anzusagen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Brechtken SPD: Einfach was machen! – Abg. Capezzuto SPD: Wann? Wann fangt ihr an?)

Mit 660 Verträgen, jeder mit einem halben Deputat, bezogen auf ein Jahr, wird aber nicht nur der Stundenausfall vermindert, sondern auch die Unterrichtsqualität verbessert, weil zusätzlich junge Lehrerinnen und Lehrer an die Schulen kommen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Moser SPD: Und der Altersdurchschnitt wird von 63 auf 62 Jahre gesenkt!)

Damit kommt frischer Wind in unsere Schulen hinein.

Wenn Sie, Frau Erdrich-Sommer, die verlässliche Grundschule ansprechen und sagen, das sei nur eine Ankündigungssache der Ministerin, dann sage ich Ihnen: Landauf, landab wird in den Kommunen nicht nur darüber nachgedacht, sondern bereits daran gearbeitet, diese umzusetzen.

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Das funktioniert doch nicht!)

Selbst in der kleinen Gemeinde, in der ich lebe, hat der Ortschaftsrat das schon längst beschlossen.

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Das funktioniert aber doch nicht!)

– Es funktioniert hervorragend.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Capezzuto SPD: Das haben Sie doch überhaupt noch nicht ausprobiert!)

Ich kann die Opposition an dieser Stelle überhaupt nicht verstehen. Da hat man das ständig gefordert und sieht das als eine tolle Verbesserung an, gerade für die jungen Mütter,

(Zuruf der Abg. Ingrid Blank CDU)

die auf diese Art und Weise die Möglichkeit haben, wenigstens einem Halbtagsjob nachzugehen,

(Abg. Ingrid Blank CDU: Jetzt passt es auch wieder nicht!)

und jetzt redet man das Ganze wieder schlecht, nachdem wir es geschaffen haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD – Abg. Capezzuto SPD: Ruhig bleiben!)

Ein kurzer Satz zu Hockenheim. Das Land wird sich hierbei nicht aus der Verantwortung stehlen, Stichwort Tourismus. Aber wir fordern: Es muss eine Gesamtfinanzierung her.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Richtig! Genau!)

Wir brauchen einen Finanzrahmen insgesamt und sagen nicht soundso viele Millionen Mark an Zuschüssen bereits jetzt zu, bevor wir diesen Finanzrahmen überhaupt kennen.

(Abg. Brechtken SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten – Abg. Pfister FDP/DVP: Hausaufgaben machen!)

– Ich habe so viel zu sagen, Herr Brechtken. Nachher gerne.

(Unruhe)

(Kleinmann)

Ich komme zu der Israelitischen Religionsgemeinschaft. Meine Damen und Herren, zunächst muss hier einmal eines klar gesagt sein: Wir haben bei der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs wie bei der Israelitischen Religionsgemeinschaft Badens von einer Pauschalbezuschussung auf eine Pro-Kopf-Bezuschussung umgestellt und haben den Betrag dafür von ca. 700 000 DM bzw. 750 000 DM auf 1,4 Millionen DM bzw. 1,5 Millionen DM erhöht, wohlgemerkt im Haushalt 2000/2001, im Urhaushalt. Wir haben den Antrag mit Wohlwollen geprüft, wonach die Israelitische Religionsgemeinschaft Württembergs zweimal 200 000 DM für ein Unterzentrum in Ulm haben möchte. Auch hier, Frau Erdrich-Sommer, habe ich gemeint – das habe ich schon im Finanzausschuss erklärt –, es wäre viel sinnvoller, sie würde uns einmal einen Gesamtfinanzierungsplan vorlegen;

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Sie haben versprochen, das zu machen!)

denn die Stadt Ulm ist ja hier auch im Wort, und die Stadt Ulm will da ja auch mitmachen. Ich weiß aber bis heute noch nicht, in welchem Rahmen die Stadt Ulm hier mitmachen will.

(Abg. Moser SPD: Sie haben das doch versprochen! – Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Die Regierung hat doch versprochen, das zu machen!)

– Ja. Ich weiß doch, was ich zugesagt habe, Frau Erdrich-Sommer. Ich leide doch noch nicht an Alzheimer.

(Unruhe – Zuruf: Wie hieß der mit Vornamen?)

– August.

(Abg. Capezzuto SPD: Nein, Alois! – Zuruf des Abg. Moser SPD)

Die Israelitische Religionsgemeinschaft Württembergs darf wissen, dass sie sehr wohl von uns einen Zuschuss bekommt, aber wir haben auch gesagt – das wissen Sie auch, Frau Erdrich-Sommer –, dass das badische Judentum mehrere Synagogen braucht. Durch die aus Russland kommenden Juden nimmt das badische Judentum zu. Sie brauchen einen Rabbiner. Sie haben in Mannheim einen Stadtrabbiner, der das mehr oder weniger ehrenamtlich macht. Kostenpunkt pro Monat 15 000 DM. Ich habe im Finanzausschuss gesagt, ich hielte es nicht für sinnvoll, nachdem wir gerade auf eine Pro-Kopf-Bezuschussung umgestellt hätten, jetzt zu einer Projektbezuschussung und zu einer Personenbezuschussung zu kommen. Wenn wir sagen, dass wir 75 % der Kosten des Rabbiners übernehmen, haben wir das in jedem Haushalt drin. Dann kommt eines Tages die Forderung nach einem zweiten Rabbiner, weil der Landesteil Baden sehr groß ist. Dann kommen wir zu keiner einheitlichen Lösung.

Ich habe im Ausschuss zugesagt, dass wir prüfen, ob wir nicht die Pro-Kopf-Bezuschussung für die Israelitischen Religionsgemeinschaften so erhöhen können, dass damit die Außenstelle in Ulm gebaut werden kann und die Badener genügend Geld haben, um zumindest einmal mit dem Bau einer Synagoge zu beginnen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Man muss das schon einmal genau darlegen. Wir haben den beiden evangelischen Kirchen – Baden und Württemberg – versprochen, das Defizit von 97 Millionen DM an nicht bezahlten Ersätzen für Religionsunterricht, der von den Kirchen geleistet wurde, abzubauen. Wir haben ihnen auch zugesagt, dass sie im ersten Nachtrag eine Tranche von 10 Millionen DM bekommen. Ich bin zu denen hin und habe gesagt: „Freunde, wir haben jetzt einen Haushalt, bei dem es im Grunde nur darum geht, das zu verbuchen, was wir im Jahr 1999 mehr eingenommen und an Resten aus dem Jahr 1999 haben, weil wir das im Haushalt veranschlagt haben wollen. Wir wollen das nicht klammheimlich irgendwie beiseite schieben. Wir haben zwei Ausgabenblöcke und mehr nicht. Beim nächsten Mal kommt ihr dann dran.“ Die haben es verstanden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wenn es die evangelische Kirche versteht, sollten es doch die Israelitischen Religionsgemeinschaften in gleicher Weise verstehen.

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Sie haben es versprochen!)

– Das haben wir denen doch auch versprochen. Da gibt es einen Brief des Ministerpräsidenten an die Ministerin, in dem steht:

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Nein, nicht Sie, der Finanzausschuss!)

Wir machen das so. Das haben die doch alle schon gesehen. Das ist versprochen worden.

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Das stimmt doch einfach nicht!)

– Wenn Sie es nicht wissen, Frau Erdrich-Sommer, dann lesen Sie es nach.

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Laut Protokoll!)

Ich bin für eine Gleichbehandlung der Religionsgemeinschaften und sehe nicht ein, dass man bei den einen Ja und bei den anderen Nein sagt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Capezzuto SPD: Richtig!)

Meine Damen und Herren, wir veranschlagen in diesem Nachtrag den Überschuss des Haushaltsjahres 1999 mit 1,71 Milliarden DM. Das ist ein stolzer Wert. Es sind eben nicht nur Steuermehreinnahmen, die wir damit veranschlagen können, sondern auch in etwa gleicher Höhe Minderausgaben des laufenden Haushalts. Das ist ein deutlicher Beleg dafür, dass wir dem Leitmotiv der Haushaltskonsolidierung nicht nur bei der Aufstellung des Haushalts, sondern auch gleichermaßen im Vollzug des Haushalts eine große Priorität einräumen.

Zusammen mit den Steuermehreinnahmen des laufenden Jahres können wir in einem Ausmaß Vorsorge für die steuerreformbedingten Mindereinnahmen des Jahres 2001 treffen, das die Opposition bisher stets für unreal gehalten hat.

(Kleinmann)

Ich komme zum letzten Punkt, der Nettokreditaufnahme. Meine Damen und Herren, die Nettoneuverschuldung war in der mittelfristigen Finanzplanung mit 2,2 Milliarden DM festgelegt. Wir haben sie im Urhaushalt bereits um 300 Millionen DM reduziert und sind somit auf 1,9 Milliarden DM gekommen. Jetzt haben wir sie aus den Resten 1999 noch einmal um 350 Millionen DM reduziert, sodass wir jetzt bei 1,55 Milliarden DM stehen. Dies ist ein wichtiges Signal. Baden-Württemberg fährt auch im Jahr der Landtagswahl, meine Damen und Herren, auf Konsolidierungskurs.

(Abg. Moser SPD: Deswegen erhöhen Sie die Schulden!)

Unsere Haushalts- und Finanzpolitik ist verlässlich. Unser Ziel heißt: Neuverschuldung null. Bis 2006 muss es erreicht sein.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Mit dem heutigen Nachtrag kommen wir diesem Ziel ein gutes Stück näher. Frau Erdrich-Sommer, das ist keine Mär, sondern Realität. Das ist Politik von CDU und FDP/DVP.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schlierer.

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in der heutigen Debatte zum Nachtrag nicht viel Neues gehört. Die Beratungen im Finanzausschuss haben auch keine neuen Erkenntnisse erbracht. Fest steht, dass dieser Nachtrag vorzeitig eingebracht wurde, in einem Eilverfahren durchgezogen wird und das Argument, Herr Kollege Scheffold, Auslöser sei der Sturm Lothar, nicht richtiger wird, wenn man es immer wieder wiederholt.

(Beifall bei den Republikanern)

Sie wissen ganz genau – das haben wir Ihnen auch schon in der Ersten Beratung gesagt –, dass meine Fraktion bereits bei den Beratungen zum Urhaushalt den Antrag eingebracht hatte, 100 Millionen DM mehr für die Beseitigung der Sturmfolgen einzustellen, weil bereits damals absehbar war, dass der vorgesehene Betrag nicht ausreichen würde. Ich kann es wirklich nicht verstehen, dass Sie sich heute hinstellen und sagen: Wir sind sozusagen rein schicksalhaft jetzt gezwungen, nachzusteuern.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Wir wissen es aber jetzt konkret, Herr Kollege!)

– Das wäre solide Haushaltspolitik, Herr Kollege Scheffold: Das nächste Mal sollten Sie rechtzeitig daran denken. Sie sollten nicht immer warten, bis sozusagen das Kind in den Brunnen gefallen ist, um dann zu sagen: Jetzt müssen wir aber handeln.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich erspare mir an dieser Stelle die Überlegung, ob das nicht vielleicht ganz absichtlich so gemacht worden ist, damit man jetzt einen Nachtrag beraten kann, der eben nicht nur den einen Punkt umfasst, sondern auch andere.

Nun kommen wir zum Thema Schulversorgung. Niemand hier in diesem hohen Haus wird das Ziel der Unterrichtsversorgung im Sinne einer Verlässlichkeit der Schule infrage stellen. Wir wissen auch, dass es tatsächlich durch die Entwicklung der Schülerzahlen notwendig ist, zusätzliche Lehrerstellen bereitzustellen. Aber eines hätten wir doch erwartet, Herr Kollege Scheffold, dass man nämlich nicht hingeht und sagt: Maßstab ist unser Wahlversprechen von 1996. Das war das, was Sie vorhin ausgeführt haben. Sie wollen das Soll erfüllen.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Ich habe nur gesagt: erfüllt haben!)

– Doch. Ich will Ihnen einmal etwas sagen. Genau das ist das Thema. Sie wollen jetzt schon mit diesem Nachtrag in diesen Punkten ein Stück Wahlkampf machen, aber nicht die Fragen angehen, um die es wirklich geht.

(Beifall bei den Republikanern)

Die Frage ist, ob man nicht bei der Arbeitszeitbewertung der Lehrer

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das eine schließt das andere nicht aus, Herr Kollege!)

– hören Sie einmal zu –

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Ich höre zu!)

etwas tut. Dazu haben Sie nichts gesagt. Zur Frage der Erhöhung der Präsenzzeit an den Schulen haben Sie nichts gesagt. Es stellt sich die Frage, ob man jetzt nicht wirklich einmal an das Thema herangeht und sagt: Warum nicht in der ersten Stufe eine Deputatserhöhung?

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

Dann könnten wir anschließend sagen, welchen Mehrbedarf wir noch haben. Darum drücken Sie sich. Ich verstehe das nicht. Es gibt andere Bundesländer, die diesen Schritt inzwischen gegangen sind, zum Beispiel Brandenburg.

(Lachen des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

In dem Zusammenhang kann man ja auch einmal den Satz bringen: Auch Staatsdiener sind heute Dienstleister. Deswegen wäre dieser Weg der richtige gewesen.

Im Übrigen haben Sie auch nichts dazu gesagt, wie Sie angesichts der absehbaren Zyklen, die wir in diesem Bereich zu gewärtigen haben, verfahren wollen. Der Schülerberg geht auch irgendwann zurück.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Eben! Das spricht doch für uns!)

Und dann? Warum haben Sie dann gegen unseren Antrag gestimmt, diese Stellen als k.w.-Stellen auszuweisen? Sie wissen doch ganz genau, dass das notwendig wäre. Es ist von einem der Vorredner auch zu Recht erwähnt worden, dass wir zunehmend mit dem Problem der Pensionslasten konfrontiert werden. Auch dazu, im Blick nach vorn, nichts. Das ist auch klar. Der Horizont ist bei Ihnen ausweislich Ihrer Rede auf das Jahr 2001 beschränkt.

(Beifall bei den Republikanern)

(Dr. Schlierer)

Wir müssten – da erinnere ich Sie an frühere Debatten zum Haushalt – den Personalkostenanteil im Landeshaushalt reduzieren. Wenn wir sehen, dass in einzelnen Sektoren unbedingt noch zusätzliches Personal benötigt wird, müssen wir zunächst einmal alle anderen Reservemöglichkeiten ausschöpfen. Erst im zweiten Schritt, wenn es unumgänglich ist, dürfen wir zusätzliches Personal einstellen. Das wäre eine Konsolidierung und nicht der Weg, den Sie beschreiten.

Im Übrigen will ich an der Stelle nur eines sagen: Wir werden den Antrag, diese Stellen als k.w.-Stellen auszuweisen, heute noch einmal stellen, wobei wir das Ergebnis der Beratungen im Finanzausschuss hinsichtlich der noch nicht erfolgten Zuweisung der Stellen an die verschiedenen Schularten berücksichtigt haben. Sie haben heute die Gelegenheit, unserem Antrag zuzustimmen und damit unter Beweis zu stellen, dass Sie an einer echten Konsolidierung des Haushalts interessiert sind.

(Beifall bei den Republikanern)

Erlauben Sie mir in dem Zusammenhang noch eine Anmerkung zu den Aussagen des Vorredners von der SPD: die Schule als Lebensraum, als Betreuungsraum und nicht nur als Ort der Wissensvermittlung. Ich stelle mir natürlich an dieser Stelle die Frage: Und welche Rolle spielt dann die Familie?

(Zuruf von den Republikanern: So ist es!)

Ich kann natürlich diese totale Rundumversorgung in der Schule machen. Dafür gibt es ja aus der Vergangenheit schöne sozialistische Vorbilder.

(Abg. Brechtken SPD: Jesses!)

– Doch, Herr Brechtken, da kommt bei Ihnen ein Stück totalitäres Menschenbild zum Vorschein.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Brechtken SPD: Das müssen gerade Sie sagen!)

Das ist Ihr Ziel. Das werden wir Ihnen in dem Zusammenhang auch vorhalten, selbst wenn es Ihnen nicht passt. Herr Brechtken, Sie stehen hier hin und sagen: Jetzt hat die Bundesregierung beim Bundeserziehungsgeld etwas verändert.

(Abg. Brechtken SPD: Richtig!)

Gerade so, als hätten Sie Alzheimer. Letzte Wochen haben wir hier über das Landeserziehungsgeld diskutiert. Dazu verlieren Sie kein Wort. So geht es nicht. Das ist keine Argumentation, die wirklich vertrauensvoll ist oder ernst zu nehmen ist. Was wir brauchen, wäre die Stärkung der Familie. Das wäre der interessante Ansatz.

(Beifall bei den Republikanern)

Wie gesagt, wir werden auch nicht um die Diskussion herumkommen, was wir denn unter Familie verstehen wollen. Was die rot-grüne Bundesregierung macht, jetzt die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften mit Ehen und was Sie da gerne sonst noch hätten,

(Abg. Brechtken SPD: Das habe ich mir gedacht, dass das kommt!)

ist keine Antwort auf die Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft steht.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, zum Thema Schuldenverringerung.

(Abg. Brechtken SPD: Jetzt fehlen die Ausländer!)

– Ach, Herr Brechtken, werden Sie denn jetzt zum Schluss Ihrer parlamentarischen Laufbahn nicht ein bisschen intelligenter? Sie können doch nicht immer mit denselben stereotypen dummen Zwischenbemerkungen hier versuchen, in eine solche Diskussion einzugreifen. Sie verleugnen doch einfach, dass wir hier vor gesellschaftlichen Entwicklungen stehen, mit denen wir uns nicht nur beschäftigen müssen, sondern zu denen wir als Politiker dann auch einmal Entscheidungen treffen müssen. Da können Sie doch nicht sagen: „Ach, das ist alles nichts. Das ist sicher wieder alles gegen Ausländer gemeint.“ Ich habe hier von Ausländern überhaupt nicht geredet. Wir reden hier über Finanzpolitik. Aber wenn Ihnen nichts anderes einfällt, dann zeigt das, dass Ihnen die Wahlkampfargumentation schon jetzt ausgeht.

(Lachen des Abg. Brechtken SPD)

Da kann ich bloß sagen: Da werden Sie im nächsten Jahr nicht weit kommen.

(Beifall bei den Republikanern)

Zum Thema Schuldenverringerung.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Rassistentreffen veranstalten und dann eine große Klappe haben! Das ist ja unglaublich!)

– Ach, wissen Sie!

Jetzt will ich auch noch zu Ihnen, Herr Salomon, ein Wort sagen – ich meine das wirklich ernst, und dieser Ratschlag ist wohlgemeint –: Was Sie hier versuchen, ist die Quadratur des Kreises. Sie wollen jetzt als neuer Vormann der Grünen den Wadlbeißer à la Kuhn spielen. Das passt aber zu Ihnen nicht. Sie sind nicht der Typ dafür. An Ihrer Stelle würde ich mich einmal beraten lassen und mir überlegen, ob ich nicht eine bessere Figur hier im Parlament abgeben würde, wenn ich diese Art Wadlbeißerei unterlassen würde. Das wäre in Ihrem eigenen Interesse sehr gut.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Vielen Dank!)

Erst dann können Sie im Wahlkampf Mosdorf spielen, Herr Salomon, vorher nicht.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Reden Sie doch einmal zur Sache! Reden Sie doch mal zu den Rechtsradikalen-Treffen! Sie mimen hier den Biedermann! Den Biedermann nimmt Ihnen keiner ab!)

– Ja, wir kommen zur Sache.

Steuermehreinnahmen: Es ist davon gesprochen worden, dass man einen Teil davon im Sinne der Schuldenrückfüh-

(Dr. Schlierer)

zung dazu verwenden will, den Haushalt zu konsolidieren. Nun muss man aber sehen, dass es bei der jetzt vorgesehenen Regelung, wie sie dieser Nachtrag ins Auge fasst, eigentlich darum geht, eine Rücklage zu bilden. Ich frage mich, ob man nicht gerade in Zeiten von Steuermehreinnahmen, in Zeiten, wo das Geld gewissermaßen sprudelt, im Sinne eines wohlverstandenen antizyklischen Verhaltens darangehen sollte, die Schulden, die man hat, und damit die Zinslasten zu verringern. Aber Sie versuchen, im Sinne einer Vorratspolitik prognostizierte Steuerausfälle abzufangen, ohne Sparmaßnahmen durchführen zu müssen. Das geschieht in einer Zeit, in der Sie Steuermehreinnahmen haben. Ich sage Ihnen, was das ist: Das ist unsolid, weil Sie damit unter Beweis stellen, dass Sie nicht ernsthaft am Ziel der Nullverschuldung interessiert sind. Das ist das Problem.

(Beifall bei den Republikanern)

Wir haben hier ja darüber gesprochen, ob wir die Nullverschuldung nicht auch einmal als Verfassungsvorgabe einführen. Sie waren dagegen. Dann hat der Wirtschaftsminister die Nullverschuldung zunächst einmal wieder in die Diskussion gebracht. Aus der CDU-Fraktion gab es aber Stimmen, dass das alles gar nicht ginge. Jetzt kommt der Finanzminister und sagt: Das wollen wir alles bis 2005/2006. Ich sage Ihnen: Wenn Sie das wirklich wollen, dann müssen Sie schon jetzt anfangen, in den Jahren der sprudelnden Quellen einen ganz konsequenten Sparkurs durchzuführen, und dürfen nicht das machen, was Sie jetzt tun, nämlich dass Sie sich mit den prognostizierten Steuerausfällen aus der Steuerreform schon jetzt dem Sparzwang, dem Sie sich eigentlich unterwerfen müssten, entziehen. Das halten wir für nicht solide. Deswegen wird meine Fraktion noch einmal den Antrag einbringen, in diesem Haushalt 600 Millionen DM einzusparen und damit die Zinsen zu senken und ein Signal zu setzen, dass es uns mit dem Ziel der Nullverschuldung ernst ist.

Im Übrigen: Wir haben ja immer in diesem hohen Hause schöne Vergleiche mit anderen Bundesländern gezogen. Setzen Sie sich mal unter Zugzwang, und schauen Sie, was die Bayern in unserem Nachbarland machen. Die machen das konsequent. Davon könnten Sie sich eine Scheibe abschneiden.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, noch ein Wort zu dem den Hockenheimring betreffenden Änderungsantrag. Ich halte es für kein solides Verfahren, schon jetzt mit fixen Zahlen eine Bezuschussung in Aussicht zu stellen, bevor überhaupt ein Konzept zur Verfügung steht.

(Abg. Brechtken SPD: Da machen wir noch mal einen Nachtrag, oder wie?)

Damit verringern Sie meiner Ansicht nach die Chancen des Landes, eine entsprechende Position in Verhandlungen zu wahren. Das ist der falsche Weg. Das finde ich deswegen so interessant, weil gerade Sie aus den Reihen der SPD bei anderer Gelegenheit der Landesregierung ein solches Verhalten schon vorgeworfen haben. Eines ist klar: Selbstverständlich wird man da im Interesse der Region vonseiten des Landes unterstützend tätig werden müssen, aber erst

wenn ein nachprüfbares und solides Finanzkonzept auf dem Tisch liegt.

(Beifall bei den Republikanern)

Resümee, meine Damen und Herren: Der Nachtrag ist wegen der Sturmschäden sicherlich notwendig. Man hätte das aber schon früher regeln können. Die Frage der zusätzlichen Lehrerstellen ist unserer Ansicht nach unsolid angegangen worden. Auch das Thema Rückstellung ist kein Ausweis einer wirklich soliden Finanzpolitik. Deswegen ist das, was hier vorgeschlagen wird, nicht solide. Die Nullverschuldung wird letzten Endes auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben. Schuldenerückführung wäre angesagt gewesen. Deswegen bleibt die Konsolidierung nur eine Absichtserklärung der diese Landesregierung tragenden Fraktionen. Wir werden diesem Nachtrag daher nicht zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Finanzminister Stratthaus.

Finanzminister Stratthaus: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe im Finanzausschuss und auch heute sehr aufmerksam den Argumenten zugehört und habe meine Meinung sogar etwas geändert. Ursprünglich war ich der Meinung, es sei ein guter Entwurf, was wir gemacht haben.

(Abg. Brechtken SPD: Ein sehr guter! – Abg. Dr. Schlierer REP: Jetzt ist er noch besser!)

Nachdem ich die Ausführungen der Opposition gehört habe, weiß ich, dass es ein sehr guter Entwurf ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Brechtken SPD: Wenn ich noch zehn Minuten Redezeit hätte, hätte ich gesagt, er ist brilliant!)

Das ist mir heute deutlich geworden. Denn was Sie geboten haben, war wirklich ein Zeichen haushaltspolitischer Fantasielosigkeit.

Da muss ich doch gleich einmal auf eine Geschichte eingehen, die Frau Erdrich-Sommer erzählt hat. Sie hat den Witz wiedergegeben, den ihr Herr Moser erzählt hat.

(Lachen des Abg. Brechtken SPD)

Herr Moser hat laut Protokoll in der Finanzausschusssitzung die Seriosität der Beamten der Haushaltsabteilung über den grünen Klee gelobt, und anschließend erzählt er solche Witze. Da hat irgendjemand eine gespaltene Zunge. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

(Vereinzelte Beifall bei der CDU – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Puchta SPD: Es gibt doch noch gar kein Protokoll!)

– Ich habe es im Ohr.

(Lachen des Abg. Brechtken SPD – Abg. Brechtken SPD: Also doch gelogen!)

(Minister Stratthaus)

Übrigens, Frau Erdrich-Sommer: Ich werde noch einiges zu Ihren Ausführungen sagen. Sie sprechen zwar sanfter als Herr Brechtken, aber auch nicht richtiger.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Das werde ich Ihnen nachher an einigen Beispielen zeigen.

Meines Erachtens ist dieser Nachtragshaushalt ausgewogen. Auf der einen Seite stehen Investitionen, die für die Zukunft unseres Landes notwendig sind. Auf der anderen Seite gibt es auch Konsolidierung, die uns durch die guten Steuereinnahmen erleichtert worden ist; das ist überhaupt keine Frage, das habe ich zu keinem Zeitpunkt bestritten.

Es ist nun immer gesagt worden, wir würden nicht sparen. Meine Damen und Herren, wir haben 195 Millionen DM Reste aus dem Jahre 1999 endgültig gestrichen. Das ist eine ganz klare Sparmaßnahme. Was mir noch viel wichtiger ist, ist die Frage der Personalstellen. Wenn ich mich in den letzten Tagen über etwas geärgert habe – das muss ich Ihnen sagen –, dann über die Art und Weise, wie unser Personalstellenabbau behandelt wird. Es wird immer die Bruttozahl genannt und nicht die Nettozahl. In der Tat ist es richtig, dass wir von 1993 bis 1999 5 500 Stellen in der Verwaltung abgebaut haben. Gleichzeitig haben wir allerdings bis heute ca. 6 600 Stellen zugehen lassen, etwa 5 000 bei den Lehrern und 1 600 bei der Polizei. Ich glaube, es muss doch einmal mit aller Deutlichkeit gesagt werden, dass wir außer bei den Lehrern und der Polizei in der Landesverwaltung sehr streng gespart haben.

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Das stimmt!)

Wir haben übrigens von allen großen Ländern – ich muss es wieder einmal bringen – den geringsten Anteil an Beamten in der allgemeinen Verwaltung außerhalb dieser beiden Bereiche, viel geringer als in Bayern und in Nordrhein-Westfalen.

Ein Weiteres: Obwohl wir im Jahre 2001, wie wir beschlossen haben, zusätzlich 940 Lehrer einstellen, werden wir einen Personalnettoabbau von 830 Stellen haben. Wir bauen also – rechnen Sie nach – 2 000 Stellen in der übrigen Landesverwaltung ab. In der Tat kommen 940 Stellen bei den Lehrern neu hinzu. Sie können aber doch nicht auf der einen Seite noch mehr Lehrerstellen verlangen, diese dann auf der anderen Seite einfach zu den Personalstellen addieren und uns vorwerfen, wir würden nicht genügend Stellen abbauen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich finde, das ist einfach unredlich. Deswegen wollte ich noch einmal darauf hingewiesen haben.

Meine Damen und Herren, nun zu einigem anderen, was die Opposition gesagt hat. Die Opposition muss ja nicht sehr präzise sein, aber die Grundrechenarten sollte sie meines Erachtens beherrschen.

(Abg. Moser SPD: Ostfriesischer Vierkampf!)

Hier ist immer wieder über die Veranschlagung der Steuermehreinnahmen gesprochen worden. Ich muss Ihnen ganz

offen sagen, Frau Erdrich-Sommer: Was Sie da über die Beamten im Finanzministerium gesagt haben, werden manche von denen als ehrenrührig betrachten.

(Abg. Brechtken SPD: Oh Gott, jetzt! – Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Ich dachte schon immer, dass Sie keinen Humor haben!)

Denn wenn Sie behaupten, ein Beamter habe keine eigene Meinung, sondern gebe die Antwort, die von ihm verlangt werde, dann ist das eine Beleidigung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Brechtken SPD: Da lacht sogar Herr Hägele!)

Eines ist allerdings klar, Frau Erdrich-Sommer: Sie wären im Finanzministerium nicht eingestellt worden. Denn Sie haben uns vorgeworfen, wir hätten 350 Millionen DM geschätzte Steuermehreinnahmen – die wir aber bereits als Isteinnahmen haben – zur Verringerung der Nettoneuverschuldung angesetzt. Sie haben gesagt, so etwas könne man nicht machen. Anschließend haben Sie der Veranschlagung von 550 Millionen DM zugestimmt. Da stimmt auch irgendetwas nicht. Ich musste darauf hinweisen. Ich hätte das nicht gesagt, aber nachdem Sie so mit unseren Beamten umgegangen sind, meinte ich, dies sagen zu müssen.

Zu den Mehrausgaben. Die Opposition hat eine Reihe von Mehrausgaben gefordert, zum Beispiel beim Wohnungsbau und beim Städtebau, sie fordert noch mehr Lehrerstellen, im Hinblick auf den Arbeitsmarkt soll einiges getan werden.

Sie wollen auch mehr Mittel für den Landesstraßenbau. Ich kann mich daran erinnern, wie die Opposition und gerade die SPD Mitte der Neunzigerjahre bei jeder Haushaltsberatung den Antrag gestellt hat,

(Zuruf des Abg. Moser SPD)

die Mittel für den Straßenbau zu kürzen.

(Abg. Moser SPD: Würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass das vorbei ist, seit ich da bin!)

– Das kann ich im Moment nicht sagen. Es mag so sein.

(Abg. Moser SPD: Also!)

Aber Sie stellen ja auch nicht die ganze Fraktion dar.

(Abg. Moser SPD: Das reicht aber!)

Tatsache ist, dass Ihre Fraktion gefordert hat, die Straßenbaumittel zu kürzen.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Wann?)

– Mitte der Neunzigerjahre.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Moser: Er redet von 1966! – Gegenrufe von der CDU)

Wir haben im Uretat dieses Haushalts für jedes Haushaltsjahr die Straßenbaumittel um 70 Millionen DM erhöht. Das muss bei dieser Gelegenheit auch einmal gesagt werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

(Minister Stratthaus)

Uns ist auch vorgeworfen worden, wir hätten bei der Steuerveranschlagung und vor allem beim Errechnen der Steuerausfälle andere Zahlen angegeben als das Bundesfinanzministerium. Das kann ich ganz einfach aufklären: Wir sind von den gleichen Zahlen ausgegangen. Der Regionalisierung liegt eine komplizierte Rechnung zugrunde. Baden-Württemberg nimmt sie übrigens für alle anderen Bundesländer vor, wenn es um die Steuerschätzung geht. Wir sind da Experten. Der Bund hat diese Regionalisierung nicht in vollem Umfang vorgenommen, weil für ihn das, was bei den Ländern weniger an Steuereinnahmen eingeht, ein Nullsummenspiel ist. Wenn Sie den Länderfinanzausgleich sowie den Finanzausgleich zwischen den Gemeinden und dem Land berücksichtigen, stellen Sie fest, dass die Zahlen des Bundes und die des Landes Baden-Württemberg übereinstimmen. Ich möchte das einfach feststellen. Das ist eine rein sachliche Feststellung.

(Abg. Moser SPD: Genau da habe ich die Beamten gelobt!)

Es ist ja auch selbstverständlich: Wenn wir bei den Steuern 1 Milliarde DM mehr an Bruttoeinnahmen haben, geht ein Teil davon für den Finanzausgleich weg. Wenn wir weniger an Steuereinnahmen haben, müssen wir auch weniger für den Finanzausgleich abführen. Das ist ganz selbstverständlich. Frau Erdrich-Sommer, dies ist kein Widerspruch. Das Ganze konnte vielmehr aufgeklärt werden.

Meine Mitarbeiter haben das auch schon in der Finanzausschusssitzung vermutet. Sie haben es danach aber noch einmal nachgerechnet. Denn wir geben erst dann eine Antwort, wenn wir nicht mehr nur Vermutungen anstellen können, sondern Sicherheit haben, und die haben wir heute.

(Abg. Moser SPD: Jawohl!)

Sie haben Deckungsvorschläge gemacht. Sie haben zum Beispiel vorgeschlagen, wir sollten die Zinsausgaben niedriger schätzen. Zunächst muss ich Ihnen sagen: Wir errechnen die Zinsausgaben und schätzen sie nicht. Die Zinsausgaben sind ziemlich präzise errechnet.

Ich habe den Ausdruck „ziemlich“ auch im Finanzausschuss gebraucht. Daraufhin ist gelacht worden. Natürlich sind die Zinsausgaben „ziemlich“ präzise errechnet. Bei der gegebenen Größenordnung von 3,5 Milliarden DM kann das niemand auf die Mark genau ausrechnen, nicht einmal auf eine Million genau.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Aber wir haben die Zinsausgaben ausgerechnet, wie sie ausgerechnet werden müssen.

(Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

Sie haben weiter zum Beispiel vorgeschlagen, die Ausgaben für die Gebäudebewirtschaftung herabzusetzen. Das sind alles Vorschläge, denen wir nicht zustimmen können.

Meine Damen und Herren, alles in allem: Ich bin davon überzeugt, dass wir es hier mit einem guten Nachtragshaushalt zu tun haben, der unser Land voranbringen wird. Ich bitte Sie deswegen um Zustimmung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen Wortmeldungen nicht mehr vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur Abstimmung.

Wir stimmen zunächst über den

Nachtragshaushaltsplan

ab. Dafür ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 12/5382, die Abstimmungsgrundlage. Ich bitte, einverstanden damit zu sein, dass ich jeweils die Einzelpläne im Ganzen aufrufe. Die Änderungsanträge werde ich an der entsprechenden Stelle mit aufrufen und zur Abstimmung bringen.

Ich rufe auf

Einzelplan 04

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/5396-1, den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/5396-12, den Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/5396-15, und den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der SPD, Drucksache 12/5396-13.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/5396-1, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/5396-12, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/5396-15, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der SPD, Drucksache 12/5396-13, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich über den Einzelplan 04 – Ministerium für Kultus, Jugend und Sport – in der Fassung der Beschlussvorlage abstimmen. Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 04 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 07

Wirtschaftsministerium

und dazu zunächst den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/5396-2. Wer diesem Antrag zu-

(Präsident Straub)

stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse dann über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/5396-3, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/5396-14, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/5396-17, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich über den Einzelplan 07 – Wirtschaftsministerium – abstimmen. Wer dem Einzelplan in der Fassung der Beschlussvorlage zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 07 ist mehrheitlich zugestimmt.

Einzelplan 08

Ministerium Ländlicher Raum

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 08 – Ministerium Ländlicher Raum – ist einstimmig zugestimmt.

(Abg. Brechtken SPD: Wir sind für Lothar! – Gegenruf des Abg. Hauk CDU: Späte Erkenntnis! – Abg. Ingrid Blank CDU: Seit wann?)

Zum Einzelplan 09 – Sozialministerium –, der in der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 12/5382, nicht enthalten ist, liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/5396-4, vor. Ich lasse über diesen Änderungsantrag abstimmen. Wer ihm zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zum Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt und Verkehr –, der in der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses ebenfalls nicht enthalten ist, liegen die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, Drucksachen 12/5396-5 und 12/5396-6, vor.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/5396-5, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse dann über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/5396-6, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe auf

Einzelplan 12

Allgemeine Finanzverwaltung

und dazu zunächst den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/5396-7. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/5396-16, auf. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/5396-8, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/5396-9, auf. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/5396-10, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/5396-11, auf. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung – in der Fassung der Beschlussvorlage abstimmen. Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung – ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen nun innerhalb der Zweiten Beratung zur Abstimmung über das

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2000 und 2001

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 12/5383.

Ich rufe auf

§ 1

Wer § 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 1 ist zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 2

Zustimmung.

(Präsident Straub)

§ 3

Zustimmung.

(Abg. Brechtken SPD: Herr Präsident! § 2 Ablehnung, § 3 und § 4 Zustimmung!)

– Entschuldigung. Ich lasse nochmals über § 2 abstimmen. Wer § 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Darf ich zu § 3 Zustimmung feststellen? –

(Abg. Brechtken SPD: Jawohl!)

Das ist der Fall.

Und zu

§ 4

ebenfalls Zustimmung? – Es ist so beschlossen.

Wir kommen in der Dritten Beratung zur Abstimmung. Abstimmungsgrundlage sind die soeben in Zweiter Beratung gefassten Beschlüsse.

Ich rufe zunächst den

Nachtragsplan

auf und hier zuerst

Einzelplan 04

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Zustimmung.

Einzelplan 07

Wirtschaftsministerium

(Abg. Brechtken SPD: Halt, Herr Präsident! Bei Einzelplan 04 bitten wir um förmliche Abstimmung!)

– Förmliche Abstimmung? – Wer dem Einzelplan 04 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 04 ist zugestimmt.

Ich rufe nochmals auf:

Einzelplan 07

Wirtschaftsministerium

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Dem Einzelplan 07 ist mehrheitlich zugestimmt.

Einzelplan 08

Ministerium Ländlicher Raum

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Einzelplan 12

Allgemeine Finanzverwaltung

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung – wurde mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zur Abstimmung über das

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2000 und 2001

Ich rufe auf

§ 1

Mit den gleichen Mehrheitsverhältnissen Zustimmung.

§ 2

Mit den gleichen Mehrheitsverhältnissen Zustimmung.

§ 3

Zustimmung.

§ 4

Zustimmung.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 27. Juli 2000 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2000 und 2001“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlussabstimmung

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Das Gesetz ist damit mehrheitlich angenommen.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der heutigen Plenarsitzung, die gleichzeitig die letzte vor der Ferienzeit war.

Die nächste Sitzung, die 94. Sitzung, findet am Mittwoch, dem 4. Oktober 2000, 10:00 Uhr statt.

Ich wünsche Ihnen allen und Ihren Angehörigen schöne und geruhsame Ferien.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 12:30 Uhr